

Nach der Ampel links

Als „Fortschrittskoalition“ ist sie vor dreieinhalb Jahren gestartet: die erste Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP. An ihrem selbst gesteckten Anspruch ist die Ampel gescheitert: 400.000 neue Wohnungen wollte Bundesbauministerin Klara Geywitz pro Jahr schaffen, tatsächlich gebaut werden bis Jahresende 2024 nur etwa die Hälfte.

Unter Bundeskanzler Olaf Scholz sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Viele Menschen sorgen sich am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank und vor der nächsten Mieterhöhung. Dabei trifft es alle: Rentnerinnen und Rentner, Studierende, aber auch Millionen von Beschäftigten, deren Lohn nicht mehr zum Leben reicht.

Maßnahmen gegen wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Not ließen über die Regierungszeit der Ampel auf sich warten: Die FDP drückte ihre Politik für Vermieter und Vermögende durch, SPD und Grüne ließen sich erpressen. Und es drohen weitere Härten: Hunderte Krankenhäuser stehen vor der Schließung, dem Deutschlandticket droht das Aus.

Nach der Ampel könnte es noch schlimmer kommen: Friedrich Merz plant als Kanzler die härtesten sozialen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. CDU/CSU, FDP und AfD wollen den Sozialstaat zerschlagen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie dies am Ende gemeinsam tun werden, ganz egal, was sie vor der Wahl erzählen.

Doch auch mit der SPD oder den Grünen steht ein harter Sozialabbau bevor. Sie haben bewiesen, dass auf sie kein Verlass ist. Sie werden im Wahlkampf behaupten, dass sie sich gegen einen Kanzler Friedrich Merz durchsetzen werden, wo sie schon an einem Finanzminister Christian Lindner gescheitert sind. Glaubhaft ist das nicht.

Dabei ist erstaunlich, wofür dann auf einmal doch Geld da ist: Ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wurde über Nacht beschlossen. Die Grünen wollen sogar unvorstellbare 500 Milliarden Euro in die Aufrüstung stecken, während Schulen zerfallen und Brücken einstürzen.

Doch es gibt einen anderen Weg: Die Vermögen der 500 reichsten Deutschen sind allein in den vergangenen zwölf Monaten um über 50 Milliarden Euro gewachsen. Mit einer gerechten Besteuerung der Superreichen und einem bundesweiten Mietendeckel könnten wir dafür sorgen, dass niemand Not leiden muss und die Wohnung bezahlbar bleibt. Und die Regierung könnte auch in die Zukunft des Landes investieren, statt die Infrastruktur dem Verfall preiszugeben, damit hier die Industrien und Arbeitsplätze von morgen entstehen.

Doch dafür braucht es den Druck einer starken Linken im Bundestag. Deshalb: Nach der Ampel links!

Die Linke

Nach der Ampel links

Als „Fortschrittskoalition“ ist sie vor dreieinhalb Jahren gestartet: die erste Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP. An ihrem selbst gesteckten Anspruch ist die Ampel gescheitert: 400.000 neue Wohnungen wollte Bundesbauministerin Klara Geywitz pro Jahr schaffen, tatsächlich gebaut werden bis Jahresende 2024 nur etwa die Hälfte.

Unter Bundeskanzler Olaf Scholz sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Viele Menschen sorgen sich am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank und vor der nächsten Mieterhöhung. Dabei trifft es alle: Rentnerinnen und Rentner, Studierende, aber auch Millionen von Beschäftigten, deren Lohn nicht mehr zum Leben reicht.

Maßnahmen gegen wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Not ließen über die Regierungszeit der Ampel auf sich warten: Die FDP drückte ihre Politik für Vermieter und Vermögende durch, SPD und Grüne ließen sich erpressen. Und es drohen weitere Härten: Hunderte Krankenhäuser stehen vor der Schließung, dem Deutschlandticket droht das Aus.

Nach der Ampel könnte es noch schlimmer kommen: Friedrich Merz plant als Kanzler die härtesten sozialen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. CDU/CSU, FDP und AfD wollen den Sozialstaat zerschlagen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie dies am Ende gemeinsam tun werden, ganz egal, was sie vor der Wahl erzählen.

Doch auch mit der SPD oder den Grünen steht ein harter Sozialabbau bevor. Sie haben bewiesen, dass auf sie kein Verlass ist. Sie werden im Wahlkampf behaupten, dass sie sich gegen einen Kanzler Friedrich Merz durchsetzen werden, wo sie schon an einem Finanzminister Christian Lindner gescheitert sind. Glaubhaft ist das nicht.

Dabei ist erstaunlich, wofür dann auf einmal doch Geld da ist: Ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wurde über Nacht beschlossen. Die Grünen wollen sogar unvorstellbare 500 Milliarden Euro in die Aufrüstung stecken, während Schulen zerfallen und Brücken einstürzen.

Doch es gibt einen anderen Weg: Die Vermögen der 500 reichsten Deutschen sind allein in den vergangenen zwölf Monaten um über 50 Milliarden Euro gewachsen. Mit einer gerechten Besteuerung der Superreichen und einem bundesweiten Mietendeckel könnten wir dafür sorgen, dass niemand Not leiden muss und die Wohnung bezahlbar bleibt. Und die Regierung könnte auch in die Zukunft des Landes investieren, statt die Infrastruktur dem Verfall preiszugeben, damit hier die Industrien und Arbeitsplätze von morgen entstehen.

Doch dafür braucht es den Druck einer starken Linken im Bundestag. Deshalb: Nach der Ampel links!

Die Linke